

Niederschrift

über die 14. öffentliche Sitzung des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses
der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 30.05.2013

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende Susanne Riemer

Ausschussmitglieder

Heide Bastrop

Dörthe Kujath

Joachim Müller

Sandra Muschke

Heinrich Ostendorf

Melanie Sudholz

Andrea Wilbers

Vertretung für Herrn Wolfgang Ottens

ber. Ausschussmitglieder

Sabine Boelsen-Borree

Ilse Hallmann

Gunnar Voß

Von der Verwaltung nehmen teil:

Bürgermeister Gerhard Böhling

StD Anja Müller

VA Uta Bohlen-Janßen

VA Julia Stalke

StAR Andreas Stamer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2013 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

BM Böhling und StD Müller beantworten eine Anfrage des Herrn Grimpe zur möglichen Entgeltentwicklung im Falle der hypothetischen Annahme, dass private Anbieter ein Konkurrenzangebot zur kommunalen Kinderbetreuung schaffen.

6. 1. Quartalsbericht 2013 Teilhaushalt 12 - Schulen und Jugend
SV-Nr. 11//0696

VA Bohlen-Janßen stellt den Quartalsbericht 2013 für den Teilhaushalt 12 vor. StD Müller beantwortet ergänzend eine Anfrage zu den Kennzahlen. Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7. Betriebsabrechnung Kindertagesstätten 2012
SV-Nr. 11//0697

VA Bohlen-Janßen erläutert die Betriebskostenabrechnung für die Kindertagesstätten. Auf Nachfrage beschreibt StD Müller die Unterschiede der Bedarfsprognosen des Landkreises Friesland und der Stadt Schortens. Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8. Änderung der Schulbezirkssatzung des Landkreises Friesland
SV-Nr. 11//0706

StAR Stamer erläutert die Sitzungsvorlage zur Änderung der Schulbezirkssatzung des Landkreises Friesland und verweist auf die Beratungen im Verwaltungsausschuss vom 16.04.2013. RM Sudholz informiert über einen entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion im Kreisschulausschuss und legt einen Fragenkatalog zur Beantwortung durch den Landkreis Friesland vor (s. Anlage zur Niederschrift).

Es ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Der Landkreis Friesland wird gebeten, die Schulbezirkssatzung dahingehend zu ändern, dass den gesamten Schülerinnen und Schülern aus der Stadt Schortens das Wahlrecht zum Besuch einer weiterführenden Schule sowohl im Gebiet der Stadt Jever als auch im Bezirk der Gemeinde Sande eingeräumt wird.

9. **Gentechnikfreies Essen in den Kindertagesstätten und Schulen**
SV-Nr. 11//0707

RM Wilbers stellt den gemeinsamen Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen und des RM Kindo (Die Linke) zur Verpflichtung des Caterers zur Darbietung des Angebotes einer gentechnikfreien Verpflegung in den kommunalen Betreuungseinrichtungen vor. Die anschließende Beratung verdeutlicht, dass die beantragte Beschlussfassung zwar inhaltliche Unterstützung erfährt und im Sinne aller Beteiligten ist. Allerdings wird aufgrund der fehlenden Kontrollmöglichkeiten und mangels Überprüfbarkeit einer etwaigen Zuwiderhandlung von dieser Beschlussfassung abgesehen.

Bei einer Ja-Stimme (RM Wilbers) und 7 Nein-Stimmen (übrige RM) ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Der Antrag wird abgelehnt.

10. **Mögliche Einrichtung eines Mensabeirats**
SV-Nr. 11//0708

RM Wilbers informiert über den Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2013 zur Einrichtung eines Mensabeirates sowie zur Zertifizierung des Caterers und der Grundschulen. Die anschließende Beratung ergibt, dass zum jetzigen Zeitpunkt kein entsprechender Handlungsbedarf gesehen wird. RM Wilbers zieht daraufhin den vorgenannten Antrag zurück.

11. **Redaktionelle Änderung der Kindertagesstättenentgeltordnung**
SV-Nr. 11//0709

StD Müller verweist auf die Sitzungsvorlage zur notwendigen redaktionellen Änderung der Entgeltordnung für die Inanspruchnahme der städtischen Kindertagesstätten.

Es ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Der Rat möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Änderung der Entgeltordnung der Stadt Schortens über die Erhebung von Entgelten für die Inanspruchnahme der städtischen Kindertagesstätten wird beschlossen.

12. **Bericht über den Sachstand "Randbetreuung an Grundschulen"**
SV-Nr. 11//0710

StD Müller berichtet über den derzeitigen Sachstand zur Randbetreuung an den Grundschulen. Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

13. Mögliche Aufgabenverlagerung der Aufgaben "Grundsicherung und Asylbewerberleistungsgesetz"
SV-Nr. 11//0711

StD Müller erläutert die Sitzungsvorlage zur etwaigen Rückübertragung von Aufgaben im Rahmen der Grundsicherung und des Asylbewerberleistungsgesetzes an den Landkreis Friesland. BM Böhling weist ergänzend auf die politische Zielvorgabe zur Senkung der Personalkostenquote sowie die anstehenden Personalwechsel im Bereich der Kernverwaltung und die künftige Fallzahlenentwicklung der betroffenen Arbeitsbereiche hin.

RM Kujath erklärt die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion zur vorgeschlagenen Aufgabenverlagerung und beschreibt diese als sozial unverträgliche Maßnahme im Hinblick auf den Verlust von Bürgernähe und Beratungskompetenz sowie den Abbau der - gerade für diese betroffenen BürgerInnen bedeutenden - (sozialen) Kontakte innerhalb des Rathauses.

Sowohl RM Sudholz als auch RM Ostendorf heben die Notwendigkeit zur Reduzierung der Personalkosten hervor und bitten die SPD-Fraktion um alternative Vorschläge zur Einsparung der in der Sitzungsvorlage genannten Personalkosten in Höhe von ca. 46.500 €.

Es ergeht mehrheitlich (bei 3 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und der Gruppe BfB-UWG und Enthaltung von RM Wilbers) folgende Beschlussempfehlung:

Der Rat möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag zur Übertragung der Aufgaben der Grundsicherung und des Asylbewerberleistungsgesetzes zum 01.01.2014 an den Landkreis Friesland wird abgelehnt.

14. Anfragen und Anregungen:

Es liegen keine Anfragen und Anregungen vor.